BESCHLUSS

Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	23.11.2023
Tagesordnungspunkt:	D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Terroristen haben auf brutale und bislang unvorstellbare Weise weit über tausend Menschen ermordet und über 240 Geiseln genommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilt diesen Terror aufs Schärfste. Wir stehen nach diesen fürchterlichen Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger*innen. Wir trauern mit den Angehörigen der Opfer. Wir zollen all denen Respekt, die in diesen schweren Stunden Menschen gerettet, Verwundete versorgt, Hinterbliebene betreut und Leichen geborgen haben, um diese in Würde bestatten zu können. Wenn heute, 75 Jahre nach der Staatsgründung Israels und rund 80 Jahre nach dem Holocaust, Jüdinnen und Juden in Israel aufs Neue um ihr Überleben und ihre Sicherheit fürchten, dann muss Deutschland seine ungeteilte und unverbrüchliche Solidarität mit und Unterstützung für Israel und seine Bürger*innen deutlich machen. Israels Sicherheit ist Teil der deutschen Staatsräson und Leitmotiv unseres Handelns.

Diese besondere Beziehung zu Israel begründet sich aus unserer historischen Verantwortung. Der Staat Israel ist drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet worden, nachdem das nationalsozialistische Deutschland sechs Millionen Jüdinnen und Juden systematisch ermordet hatte. Seitdem bietet Israel eine nationale Heimstätte und einen sicheren Hafen für das jüdische Volk. Das Existenzrecht Israels ist für uns deshalb genauso unverhandelbar wie die Sicherheit von Jüdinnen und Juden.

Israel hat wie jeder andere Staat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich gegen diese Angriffe im Rahmen des humanitären Völkerrechts zu verteidigen, und die israelische Regierung die Pflicht, ihre Bürger*innen dauerhaft zu schützen. Seit den Terrorangriffen vom 7. Oktober führt Israel deshalb als Reaktion Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen. Darunter leidet die palästinensische Zivilbevölkerung. Tausende Zivilist*innen, darunter zahlreiche Kinder, sterben durch den Krieg. Es ist auch Teil des zynischen Kalküls der Terroristen, denn die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilde und versteckt ihre Kämpfer und Waffen in und unter ziviler Infrastruktur. Wir setzen uns vehement für die Freilassung aller von der Hamas verschleppten Geiseln sowie für Feuerpausen und sichere Korridore ein, damit Hilfslieferungen bei Menschen in Not ankommen können. Dazu gehört es auch, die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Trinkwasser, Nahrungsmitteln, Medikamenten und Energie zuzulassen. Schwerkranke und Schwerverletzte müssen schnellstmöglich in Krankenhäuser im benachbarten Ausland überführt werden können. Auch der

Raketenterror der Hamas und anderer extremistischer Gruppen muss sofort unterbunden werden.

Für Israel gilt wie für alle Staaten der internationalen Gemeinschaft das völkerrechtliche Gebot der Verhältnismäßigkeit. Wir begrüßen die Resolution des UN-Sicherheitsrats, die Konfliktparteien zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts aufzufordern und besonders durch ausgedehnte humanitäre Pausen den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Nur durch eine zumindest begrenzte Einstellung der militärischen Aktivitäten wird eine ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen möglich sein. Zur deutschen Staatsräson gehört aber gegebenenfalls auch militärische Unterstützung für die Sicherheit Israels und seiner Bürger*innen.

In Gaza ereignet sich eine humanitäre Katastrophe. Den Menschen fehlt es an allem, was es zum Überleben braucht: Wasser, Grundnahrungsmittel, medizinische Hilfe. Mindestens eine Millionen Palästinenser*innen sind auf der Flucht. Wir danken den Freiwilligen und Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen, die ihr Leben riskieren, um Menschen in Not zu versorgen. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Mittel für humanitäre Hilfe für Gaza erhöht hat. Diese Hilfe gilt es, langfristig fortzuführen und zu intensivieren. Damit sie bei den notleidenden Menschen ankommt, braucht es dauerhaften und sicheren humanitären Zugang.

Das Leben in Gaza war bereits vor dem aktuellen Krieg von Armut und Perspektivlosigkeit geprägt. Verantwortlich dafür war in erster Linie die menschenverachtende Herrschaft der Hamas. Auch die Politik der Abriegelung hat die wirtschaftliche Entwicklung massiv erschwert. Mittel- und langfristig braucht es neben einer politischen auch ökonomische Perspektiven für den Gazastreifen, um dauerhaft menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen. Nach dem Ende des Konflikts setzen wir uns für ein Ende der Politik der Abriegelung des Gazastreifens unter Wahrung der israelischen Sicherheitsinteressen ein. Wir fordern eine koordinierte Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen, an der sich auch die EU beteiligen soll. Wir fordern eine aktive Rolle der Vereinten Nationen in den Bemühungen um die Schaffung und Sicherung von Frieden in der Region.

Die Reaktion Deutschlands, der Europäischen Union und unserer Verbündeten auf diesen Krieg wird weltweit genau beobachtet. Unser Einsatz für den Schutz aller Zivilist*innen und das humanitäre Völkerrecht wird gebraucht. Kein Konflikt beschäftigt und spaltet die Weltgemeinschaft derzeit so wie der in Nahost. Darum schauen unsere engsten Verbündeten genauso wie unsere Partner in Lateinamerika, Afrika und Asien genau darauf, wie wir uns verhalten.Umso wichtiger ist unser humanitäres Engagement und unser Einsatz für die Geltung des humanitären Völkerrechts. Das konsequente und glaubwürdige Eintreten für das internationale Recht und eine regelbasierte Weltordnung ist Voraussetzung für die erfolgreiche Zusammenarbeit vor allem mit den Menschen und Staaten im Globalen Süden und der
arabischen Welt.

Wir müssen aber auch schon jetzt über den Tag danach nachdenken, um die Sicherheit Israels und das friedliche Zusammenleben im Nahen Osten auch für die Zukunft zu garantieren: Dauerhaften Frieden kann es nur auf politischem Wege geben. Wir setzen uns mit Nachdruck für

eine verhandelte Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 ein, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer

Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Dazu gehört eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen aus verschiedenen Perspektiven. Es ist unser Ziel, dass Israelis und Palästinenser*innen als Bürger*innen dieser beiden Staaten mit vollen bürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Rechten in Frieden und Sicherheit leben können.

Wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen Lage für einen erneuten Friedensprozess einzusetzen. Auch die EU soll auf beide Seiten aktiv einwirken. Dabei setzen wir uns für feministische und nachhaltige Ansätze der Konfliktlösung ein, deren Umsetzung sich an den Grundsätzen der Resolution 1325 orientiert.

Wir werden unseren Beitrag leisten, dass die Friedensperspektive wieder gestärkt werden kann. Darum braucht es neben unserer unverbrüchlichen Solidarität mit Israel auch eine konsequente Unterstützung pro-demokratischer palästinensischer Stimmen. Dies ist auch eine Grundlage für die Schaffung palästinensischer rechtsstaatlicher politischer Institutionen. Zu der Friedensperspektive gehört auch, dass die Palästinensische Autonomiebehörde den Terror gegen Israel klar verurteilt und dagegen vorgeht. Der fortdauernde israelische Siedlungsbau, Pläne für völkerrechtswidrige Annexion und die Siedlergewalt gegen Palästinenser*innen im Westjordanland lehnen wir als Hürden für den Frieden ab. Das humanitäre Völkerrecht muss überall eingehalten werden. Wir wollen weiterhin mit denjenigen Kräften in Israel und Palästina solidarisch zusammenarbeiten, die sich auf beiden Seiten für Demokratie und Freiheit, Menschen- und Bürger*innenrechte und Frieden einsetzen.

Mit der Hamas und anderen Terrororganisationen stehen Gewaltakteure, die nie den Frieden mit Israel gewollt haben, einer politischen Lösung diametral entgegen. Die Vernichtung Israels und seiner Bürger*innen ist ein integraler Bestandteil der Ideologie und der politischen Ziele von Hamas, Hisbollah und dem iranischen Regime. Deshalb fordern wir die internationale Strafverfolgung ranghoher Mitglieder von Hamas, Hisbollah und der iranischen Revolutionsgarden.

Als größte Geldgeberin soll die EU bei ihrer Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete auch den Aufbau demokratischer Institutionen und demokratischer Bildung fördern, um Hass entgegenzutreten und die Verständigung zwischen Israelis, Palästinenser*innen und den Menschen aus den umliegenden Nachbarstaaten voranzubringen.

Was die Hamas begonnen hat, wird von der Hisbollah, den Houthis und anderen regionalen Extremisten verstärkt. Finanzielle, militärische und ideologische Unterstützung bekommen diese vom iranischen Regime, das die Region destabilisiert und viel Leid über die Bevölkerung im Nahen Osten bringt, einschließlich der Menschen im Iran selbst. Auch deswegen

bekräftigen wir unsere Position, die iranischen Revolutionsgarden, die Hauptstruktur der regionalen Aggression des Regimes wie der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung, auf die Terrorliste der Europäischen Union zu setzen.

Der Krieg hat Auswirkungen weit über Nahost hinaus. Aktuell gibt es eine erhöhte Gefahrenlage für Jüdinnen und Juden und Israelis auf der ganzen Welt. Auch in Deutschland erleben antisemitische Hetze und Gewalt einen besorgniserregenden Aufschwung, der sich auf einigen Demonstrationen sowie in Angriffen auf und Drohungen gegen Jüdinnen und Juden oder Israelis, ihre Wohnungen, Läden und Einrichtungen zeigt.

Dieser Antisemitismus zieht sich durch alle Teile unserer Gesellschaft und ist nicht vorrangig ein Problem der Einwanderungsgesellschaft. Auch Kunst und Kultur sind nicht immun

gegen Antisemitismus. Diskriminierung und Boykott von Israelis, Jüdinnen und Juden treten wir daher entschieden entgegen, denn die Perspektiven jüdischer und israelischer Künstler*innen sind wichtiger Bestandteil unserer vielstimmigen Kultur.

Fast 80 Jahre nach dem Holocaust gibt es heute vielfältiges jüdisches Leben in Deutschland, das geschützt werden muss. Jüdinnen und Juden und Israelis müssen frei und sicher in Deutschland leben können – ohne die Angst, ihre Religion und Identität sichtbar zu machen. Auch das ist Teil deutscher Staatsräson. Ein Angriff auf Jüdinnen und Juden ist immer auch ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf die Menschlichkeit. Dazu gehören auch Kundgebungen, auf denen der Terrorismus der Hamas verherrlicht und gefeiert wird. Sie haben auf unseren Straßen nichts verloren. Volksverhetzung und Aufrufe zur Gewalt müssen konsequent unterbunden und zur Rechenschaft gezogen werden.

Um dieses Schutzversprechen einzulösen und gegen extremistische oder terroristische Gruppierungen vorzugehen, braucht es gut ausgestattete Sicherheitsbehörden. Deshalb ist es auch richtig, dass Organisationen, die den Terror der Hamas unterstützen oder verherrlichen, nun konsequent verboten werden. Hetze und Gewalt müssen die volle Härte unseres Rechtsstaats
als Antwort haben. Wer aber meint, das Problem des Antisemitismus ließe sich einfach durch mehr Abschiebungen lösen, verkennt, dass sich Antisemitismus durch alle Räume der Gesellschaft zieht. Alle antisemitischen Straftaten und Volksverhetzung müssen selbstverständlich gemäß dem geltenden Recht verfolgt werden und harte Konsequenzen für die
Täter*innen haben, bis hin zu Freiheitsentzug oder dem Entzug der Aufenthaltserlaubnis. Diese Möglichkeit besteht längst.

Strafrecht alleine reicht aber bei weitem nicht aus. Denn der Kampf gegen den Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Er muss bis in die Mitte der Gesellschaft reichen und dringend auf allen Ebenen verstärkt werden. Er muss sich gegen Antisemitismus jeglicher Art richten – sei es Antisemitismus von rechts, von links oder islamistisch motivierter. Zu diesem Kampf gehören auch eine konsequente Weiterentwicklung der Vermittlung der Lehren der
Shoa sowie die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur. Dies muss auch zentraler Bestandteil von Integrationsmaßnahmen sein. Jede*r, der oder die hier lebt, muss die Shoa kennen und die Verantwortung begreifen, die sich daraus für unser Land ergibt. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die Präventions- und Bildungsarbeit gegen Antisemitismus leisten oder Betroffene von antisemitischer Gewalt unterstützen und beraten, müssen gestärkt werden. Wir brauchen islamische Verbände und Vereine, welche unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung achten und strukturell, personell und finanziell in Deutschland verwurzelt sind. Für diese Verbände müssen Finanzierungsstrukturen gefunden werden.

Klar ist: In unserem Land darf es keinen Platz geben für pauschale Vorurteile und Diskriminierung, selbstverständlich auch gegenüber Muslim*innen nicht. In Deutschland leben zahlreiche Menschen mit familiären, freundschaftlichen und emotionalen Verbindungen in die palästinensischen Gebiete und die gesamte Region. Ihre Sorge um die Menschen in Gaza und der
ganzen Region, ihre Trauer um die zivilen Opfer gehören zu unserem Land und teilen wir.

Das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist selbstverständlich auch in der aktuellen, angespannten Lage verbrieft - unter den Bedingungen, dass Demonstrationen

angemeldet werden, friedlich verlaufen und die Bestimmungen des Strafrechts eingehalten werden. Dass bei Demonstrationen auch Meinungen und Standpunkte vertreten werden, die für viele an die Grenzen des Erträglichen gehen, muss eine Demokratie aushalten. Das gilt auch für die hier lebenden Palästinenser*innen sowie das Recht auf friedliche Demonstration und Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und im Westjordanland im Rahmen der geltenden Gesetze, nicht aber für öffentliche Aufrufe zu Terror und Terrororganisationen oder für Antisemitismus.

Als Gesellschaft dürfen wir uns gerade in solchen Situationen nicht auseinandertreiben lassen. Wir müssen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und ein sicheres Leben für alle ermöglichen. Demokrat*innen stehen in diesen Zeiten an der Seite Israels, sie kämpfen gegen Hass und Terror, sie setzen sich für eine friedliche und gerechte Konfliktregelung ein.